

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
28.04.2009

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier
Herr Langeworth (ab 17.25 Uhr)
Frau Osthus
Herr Michael Weber
Herr Dr. Zillies

SPD

Frau Schneider
Frau Weißenfeld
Frau Schrader
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 19.25 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Herr Vagt

Die Linke

Frau Niemeyer

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat (ab 17.50 Uhr)
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Herr Feix Stab Dezernat 5
Herr Kämper Stab Dezernat 5
Herr Radloff Arbeitplus in Bielefeld
GmbH

Herr Richter

Agentur für Arbeit

Schriftführung
Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt vor, die Beratung des Tagesordnungspunktes 5.3 vorzuziehen. Die Anwesenden stimmen der Änderung in der Beratungsreihenfolge zu. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.03.2009

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 51. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.03.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Aufnahme eines Kontingents schutzbedürftiger Personen aus dem Irak

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Über die Mitteilung hinaus gibt es keine Fragen.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Berichterstattung zur kommunalen Gesundheitskonferenz

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet aus der Sitzung der kommunalen

Gesundheitskonferenz, die sich schwerpunktmäßig mit:

- der Ende 2008 durchgeführten Bevölkerungsbefragung zum Thema „Gesundheit und Gesundheitliche Versorgung“,
- der Fortschreibung der Gesundheitsziele,
- der Männergesundheit,
- dem Landesprojekt „Opus-Netzwerk“,
- dem Bundesprojekt „Peb“ und
- dem Aufbau eines Palliativnetzes für eine ambulante Sterbebegleitung beschäftigt habe.

Über die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung werde noch eine Informationsvorlage im SGA vorgelegt.

Darüber hinaus fragt Frau Weißenfeld nach, ob sich die kommunale Gesundheitskonferenz auch mit der Problematik der U7a-Vorsorgeuntersuchungen beschäftigt habe. Beigeordneter Herr Kähler erläutert die derzeitige Situation und deren Konsequenzen für die Eltern und dem Amt für Jugend und Familie –Jugendamt-. Zur Klärung würden zurzeit Gespräche zwischen Kinderärzten und KAV geführt.

-.-.-

Zu Punkt 2.3

Programm Lernen vor Ort

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordneter Herr Kähler erläutert die als Tischvorlage verteilte Mitteilung zum Programm Lernen vor Ort (**Anlage 1**). Fragen von Frau Kammeier werden von Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 2.4

Zeitungsartikel "AIDS ist keine HIV Erkrankung" in der Neuen Westfälischen vom 17.04.2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf eine Stellungnahme des Vereins AIDS-Hilfe Bielefeld e.V. und der AIDS-Beratungsstelle im Gesundheitsamt Bielefeld, die als Tischvorlage verteilt wird (**Anlage 2**).

-.-.-

Zu Punkt 2.5

Schweinegrippevirus: zwei Verdachtsfälle in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet, dass im Klinikum Bielefeld Mitte zwei Personen mit Verdacht auf „Schweinegrippe“ behandelt worden seien. Nach den abschließenden Laboranalysen habe sich der Verdacht jedoch nicht bestätigt. Bei der Aufnahme habe es sich um eine reine Vorsichtsmaßnahme gehandelt.

Es habe sich aber gezeigt, dass der Kommunale Pandemieplan mit seinen Abläufen gut funktioniert habe. Lediglich das extrem hohe Medieninteresse sei eine gewisse Herausforderung gewesen.

Momentan stelle sich die Lage in Deutschland als noch nicht problematisch dar. Die Weltgesundheitsorganisation definiere die Situation derzeit mit Stufe 4 – erst bei Stufe 6 würde tatsächlich von einer Pandemie gesprochen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der Ratsgruppe Die Linke vom 02.03.2009 zum Thema: Senkung der Mietkosten - Kaltmiete (4,64 € pro Quadratmeter)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6651/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 3**). Auf Nachfrage von Frau Niemeyer sagt Beigeordneter Herr Kähler eine jährliche Berichterstattung über die Anzahl der Aufforderungsverfahren zu.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt - Sozialgesetzbuch II (SGB II), Sozialgesetzbuch III (SGB III) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) in Bielefeld - Quartalsberichte -

Zu Punkt 5.3 Bericht über die Arbeitsmarktsituation in Bielefeld

(vorgezogen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Richter berichtet zum Thema „Der Arbeitsmarkt im Agenturbezirk Bielefeld im Konjunkturreinbruch“ über die Daten und Fakten, das Frühwarnsystem, die Aufstellung und die Handlungsstrategien der Agentur für Arbeit Bielefeld in der Krise (**Anlage 4**). Auf Nachfragen von Beigeordneten Herrn Kähler, Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Kammeier und Frau Schrader führt Herr Richter aus, dass das Personal der Agentur für Arbeit Bielefeld um knapp 30 Personen aufgestockt worden sei. Diese ca. 10%-ige Personalaufstockung sei im Rahmen des Konjunkturpaketes II erfolgt. Ein Vergleich des Personalschlüssels der Agentur

für Arbeit mit dem der ARGE sei nicht möglich. Der operative Bereich der Agentur für Arbeit betreue nicht nur Arbeitslose, Arbeitssuchende und Jugendliche, sondern z. B. auch Bezieher von Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld und Altersteilzeitgeld. Mangels statistischer Erhebungen können keine Informationen über die Anzahl der Kurzarbeiter, die aufstockende SGB-II-Leistungen beziehen, gemacht werden. Qualifiziert geschätzt seien es aber nur einige wenige. Darüber hinaus erläutert Herr Richter die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im gewerblichen und kaufmännischen Bereich.

Zu Punkt 5.1

Sachstand zur Umsetzung des SGB II

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Radloff erläutert den als Tischvorlage verteilten Bericht über die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten der *Arbeitplus* in Bielefeld GmbH (**Anlage 5**). Aus den Ergebnissen der Kundenanalyse sei erkennbar, dass im SGB II stärker sozialpolitische als arbeitsmarktpolitische Probleme vorliegen. Es sei zu beobachten, dass die Arbeitslosigkeit bei den unter 25jährigen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zunehme. Unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Ziele schlägt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage vor, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu überdenken und evtl. neue Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu installieren. Nach Auffassung von Herrn Weber (SPD) müsse sich der SGA verstärkt mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei unter 25jährigen auseinandersetzen.

Fragen von Frau Weißenfeld, Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Niemeyer und Beigeordneten Herrn Kähler werden von Herrn Radloff und Herrn Richter beantwortet.

Zu Punkt 5.2

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt, SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung), SGB XII (Sozialhilfe)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6807/2004-2009

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass die geänderte Darstellung des Quartalsberichts einerseits einen direkten Vergleich der Entwicklung und andererseits die Abbildung eines längeren Zeitraums ermögliche. Die Mitglieder des SGA begrüßen ausdrücklich die neue Darstellung der Daten und nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis. Nachfragen gibt es keine.

Zu Punkt 6

Personalkostenerstattung zwischen der Stadt Bielefeld und der Arbeitplus in Bielefeld GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6626/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Die Anwesenden haben über die Vorlage hinaus keine Nachfragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. die Abrechnung der Personalkosten zwischen der Stadt Bielefeld und der Arbeitplus in Bielefeld GmbH in 2009 von der derzeitigen Pauschalabrechnung (57.400€/Jahr/ vollzeitverrechneter Stelle) auf die sogenannte „Spitzabrechnung“ (Abrechnung der tatsächlich anfallenden personenbezogenen Kosten) umzustellen,**
- 2. die vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Stadt Bielefeld, der Agentur für Arbeit Bielefeld und der Arbeitplus in Bielefeld GmbH dahingehend zu prüfen, ob für die Umstellung der Personalkostenabrechnung von der Pauschalabrechnung auf die „Spitzabrechnung“ Änderungen der vertraglichen Grundlagen notwendig sind. Entsprechende Verhandlungen sind mit der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bielefeld zu führen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Projekt "Bielefeld engagiert" Leuchtturmprojekt im Rahmen des Bundesprogramms "Freiwilligendienste aller Generationen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6727/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt, dass sich die Stadt Bielefeld im Rahmen des Bundesprogramms engagiert. Frau Schulz kündigt die Berichterstattung über erste Ergebnisse im Herbst dieses Jahres an. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Stand der Umsetzung des 2. Gesetzes zur Straffung der Behördenstruktur in NRW

hier: Übernahme der Aufgaben des Versorgungsamtes durch die Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6732/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die ausführliche Darstellung der erfolgreichen Arbeit im Rahmen der Informationsvorlage. Darüber hinaus informiert Beigeordneter Herr Kähler über den Stand des

Verfahrens der nordrhein-westfälischen Kommunen gegen das Land Nordrhein-Westfalen. Entgegen der Auffassung des Landes trete der erwartete Synergieeffekt nicht ein. Die Kommunen klagen daher und berufen sich auf die Einhaltung des Konnexitätsgrundsatzes. Herr Weber (CDU) und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedanken sich bei allen Akteuren für die erfolgreiche Arbeit.

-.-.-

Zu Punkt 9

Soziale Stadt Sieker -Stand der Umsetzungen-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Herr Kämper erläutert zunächst die Unterschiede der Programme „Soziale Stadt NRW“ und „Stadtumbau West“. Das Programm „Soziale Stadt NRW“ beziehe sich auf das Stadtgebiet Sieker-Mitte, das Programm „Stadtumbau West“ umfasse die Gebiete Bethel/Gadderbaum, Senne-stadt und den nördl. Innenstadtrand (z. B. Ostmanturmviertel). Für beide Programme liegen integrierte Handlungskonzepte vor. Das integrierte Handlungskonzept für Sieker-Mitte wurde in Zusammenarbeit der Dezer-nate 4 und 5 erstellt. Die anderen Konzepte wurden von externen Büros erarbeitet. Anschließend informiert er über den zeitlichen Ablauf des Pro-jektes „Soziale Stadt Sieker“ (**Anlage 6**).

Auf Nachfragen von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Dr. Zillies, Frau Weißenfeld und Frau Dr. Ober führt Herr Kämper aus, dass durch die bewilligten finanziellen Mittel im Rahmen des Programms „So-ziale Stadt“ in zwei Kindertagesstätten die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit weiterentwickelt werde. Gleichzeitig werde auch das Projekt Stadt-teilmütter finanziell gefördert. Stadtteilmütter seien Frauen mit Migrati-onshintergrund, die versuchen ihre Landsleute für Bildungs- und Ge-sundheitsthemen zu sensibilisieren. Unter Berücksichtigung der bereits aktiven Akteure im Stadtteil würden alle Projekte und Ideen in Zusam-menarbeit mit der Stadtteilkonferenz und der Bezirksvertretung vorgestellt und diskutiert. Dadurch solle ein abgestimmtes und integriertes Konzept gewährleistet und seine erfolgreiche Umsetzung erzielt werden.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fordert, dass bestehende Kon-zepte weiterentwickelt und neue Konzepte damit abgestimmt werden. Die notwendigen Verwaltungsvorlagen sollen den zuständigen Ausschüssen zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Beigeordneter Herr Kähler sagt eine regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Projektes zu.

-.-.-

Zu Punkt 10

Erfahrungen mit dem Verbraucherinformationsgesetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6704/2004-2009

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage und verweist darüber hinaus auf eine ausliegende Broschüre des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher-schutz zum neuen Verbraucherinformationsgesetz. Aufgrund der Presse-

berichte über sog. „Analog-Käse“ beantwortet Beigeordnete Frau Ritschel
Fragen von Frau Schneider zum aktiven Verfahren in diesem Fall.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)